

PRESSEMITTEILUNG



Nürnberg, 23.02.2026

Integrationsrat Nürnberg: Kürzungen bei Deutschkursen kontraproduktiv und kurzsichtig

Bundesentscheidung gefährdet Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt – Kommunen werden mit Problemen allein gelassen

Nürnberg, [23.02.2026] – Der Integrationsrat der Stadt Nürnberg verurteilt die geplanten Kürzungen der Bundesregierung beim Zugang zu Deutschkursen scharf. Die Entscheidung sei integrationspolitisch kontraproduktiv und wird gravierende negative Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt haben.

Sparen an der falschen Stelle

Wir sehen in den Kürzungen ein fatales Signal zur falschen Zeit. Trotz der angespannten Haushaltslage werde hier an der völlig falschen Stelle gespart. Die Einschränkung des Deutschkurszugangs untergrabe systematisch die Integrationsbemühungen auf kommunaler Ebene.

Besonders problematisch bewerten wir, dass von den Kürzungen Menschen betroffen sind, die teilweise seit Jahren in Deutschland leben. Geduldete und andere Personengruppen können aus unterschiedlichsten Gründen nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren und sind faktisch Teil der deutschen Gesellschaft. Ihnen den Spracherwerb zu verwehren sei integrationspolitisch unverantwortlich.

Widersprüchliche Integrationspolitik

Wir stellen einen gefährlichen Widerspruch fest: Ausgerechnet diejenigen politischen Kräfte, die am lautesten über mangelnde Integration klagen, verhindern nun aktiv die Förderung von Integrationsmaßnahmen. Diese Politik sei nicht nur widersprüchlich, sondern auch verantwortungslos gegenüber der Gesellschaft.

Sprachkompetenz bilde den Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe, beruflicher Integration und demokratischer Partizipation. Der Grundsatz "Ohne Deutsch keine Integration" werde durch die Bundesentscheidung systematisch unterlaufen.



Warnung vor Folgeschäden

Wir warnen vor erheblichen gesellschaftlichen Folgeschäden der kurzsichtigen Sparpolitik. Die Verweigerung von Sprachförderung führe zu:

- Verschlechterten Arbeitsmarktchancen betroffener Personen
- Zunehmender sozialer Isolation und Entstehung von Parallelgesellschaften
- Stärkung populistischer und rechter Diskurse
- Höheren Sozialkosten durch erschwerte Integration
- Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens

Diese kurzsichtige Politik werde mittelfristig erhebliche Folgekosten verursachen, die die vermeintlichen Einsparungen bei weitem übersteigen.

Kommunen im Stich gelassen

Wir kritisieren, dass die Kommunen mit den praktischen Integrationsproblemen allein gelassen werden, während der Bund die erforderlichen Mittel kürzt. Städte wie Nürnberg sind täglich mit den Herausforderungen der Integration konfrontiert, während sich die politische Verantwortungsebene ihrer Verantwortung entzieht.

Appell an Nürnberger Bundestagsabgeordnete

Der Integrationsrat fordert die Nürnberger Bundestagsabgeordneten aller demokratischen Parteien auf, sich für eine differenzierte Auseinandersetzung mit diesem Thema auf Bundesebene einzusetzen. Statt pauschaler Kürzungen brauche es eine sachliche Diskussion über nachhaltige Integrationspolitik und deren angemessene Finanzierung.

Wir appellieren an die Nürnberger Parlamentarier, ihre Stimme für bessere Lösungen zu erheben und sich dafür einzusetzen, dass die praktischen Erfahrungen der Kommunen in die bundespolitischen Entscheidungen einfließen. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die langfristige und durchdachte Investitionen erfordert – nicht kurzfristige Sparmaßnahmen, die bestehende Probleme nur verschärfen.

Wir sind bereit zum Dialog und bieten unsere Expertise aus der kommunalen Integrationsarbeit für konstruktive Gespräche an. Nur gemeinsam können wir Lösungen entwickeln, die dem gesellschaftlichen Zusammenhalt wieder Priorität einräumen.

Der Vorsitzende des Integrationsrates
Soroush Mawlahi

